

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 19

Artikel: Guter Grenzer : der Besuch Honeckers in Bonn
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094044>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Es war zu erwarten, dass eine solche antimilitärische Stimmung die Landes- und Armeeverteidiger auf den Plan rufen werde. Und tatsächlich meldeten sich Offiziere und Generäle in zahlreichen Zeitungsartikeln entrüstet über die neue Denkweise zum Wort. Neben den Verdiensten der Sowjetarmee im letzten Krieg wird dabei die «ständige Gefahr seitens des Imperialismus» genannt und der Militärdienst als unumgängliche Bürgererziehung angesichts der Verweichlichung der Jugend und der Zunahme der Drogensüchtigen hervorgehoben.

Und noch etwas klingt in diesen «Entrüstungs»-Artikeln mit: ein indirekter Hinweis auf die Folgen der neuen Grundsätze in der Sicherheits- und Aussenpolitik der sowjetischen Führung. Tatsächlich war zu erwarten, dass die demonstrative politische Abwertung der Militärs durch Gorbatschow und seine Abrüstungspolitik auch Folgen im allgemeinen Verhältnis zur Armee und zum Militärdienst haben würden. Ziemlich deutlich wird auf diesen Zusammenhang im Artikel von Oberst A. Chorew («Krassnaja swjesda», 29. 8. 1987) hingewiesen:

«Man darf unter keinen Umständen die sündige Erde verlassen und in den Wolken schweben, ohne die Realitäten der Zeit zu bemerken. Es ist nicht vernünftig gleichzeitig mit dem einseitigen Moratorium für Atomtests auch ein einseitiges Moratorium im Bereich der moralpsychologischen Erziehung und im Bereich der Kampfausbildung einzuführen, die zur Abwehr des durchaus möglichen Angriffes des Aggressors notwendig sind.»

Und was meint das Subjekt der Streitfrage dazu, die Jugend? Sie ist verwirrt oder verhält sich ablehnend gegenüber der Politerziehung. S. Temursiew, ein 19jähriger Komsomolaktivist, schreibt in der «Prawda» (2. 8. 1987): «Im Dezember wurde ich zum Komsomolsekretär der Kompanie gewählt... Während einer Versammlung hat mich Komsomolmitglied L. wegen meines Eifers in der gesellschaftlichen Tätigkeit ausgelacht. Seine Schlussworte waren: «Lass uns in Ruhe mit deinem Komsomol»... Die Mehrheit der Komsomolmitglieder hat ihn unterstützt, während einige schwiegen und andere schliefen... Zwischen mir und den Soldaten der Kompanie entstand eine «Wand»... Helfen Sie mir; ich verstehe nichts mehr. Was ist mit uns, mit den Jungen?»

Einen Fehlschluss dürfen wir aus dieser Darstellung nicht ziehen: Dass die Sowjetarmee mit den Nuklearsprengköpfen auch die Kampfkraft verliert. Schon immer haben die Soldaten bei den Politlektionen geschlafen und die Komsomolaktivisten zum Teufel gewünscht, aber trotzdem schiessen sie nun schon seit acht Jahren in Afghanistan. Trotzdem bilden sowjetische Offiziere die Militärkader in Angola, Äthiopien und anderswo aus. Trotzdem stehen die sowjetischen Panzermassen in Europa sprungbereit, und trotz des Mangels an Physikern und Biologen in der Sowjetunion gibt es dort noch genug Raketenspezialisten und Bomberpiloten.

Georg Bruderer

Der Besuch Honeckers in Bonn

Guter Grenzer

Der «abgestufte» Staatsbesuch in der Bundesrepublik, auf den der DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker eigentlich 15 Jahre lang – seit Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen Bonn und Ost-Berlin 1972 – warten musste, ist erstaunlich reibungslos und in einer herzlichen Atmosphäre über die Bühne gegangen. Offenbar war Honecker selbst überrascht, wie freundlich er, der arme Verwandte aus dem Osten, in der Hauptstadt der reichen Westdeutschen empfangen wurde. Es gab zwar sporadische Gegendemonstrationen, aber von seinen Gesprächspartnern bekam er eigentlich nichts Unangenehmes zu hören. Auch die Bitte um Aufhebung des Schiessbefehls an der deutsch-deutschen Grenze wurde an ihn in konsiliantem Ton herangetragen, um keinesfalls den Weg für das «Machbare» zur weiteren Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen zu verbauen.

Unabhängig davon, was er zu Hause sagt und tut, wird Honecker den Eindruck nie verdrängen können, dass der Sozialismus nicht zuerst in dem deutschen «Arbeiter- und Bauernstaat», sondern in der «kapitalistischen» westdeutschen Bundesrepublik erreicht wurde, ohne deren Hilfe ein höherer Lebensstandard in der DDR heute kaum vorstellbar wäre.

Doch dieser «Arbeitsbesuch» Honeckers in Bonn, dieses deutsch-deutsche Gipfeltreffen unter dem amerikanischen und sowjetischen Atomschirm, war alles andere als politischer Alltag oder Kontaktpflege. Die erste Reise des DDR-Staats- und Parteichefs in die Bundesrepublik gehört zu den wichtigeren historischen Ereignissen in der Nachkriegsgeschichte Europas. Es ist freilich kaum anzunehmen, dass Bonn und Ost-Berlin nach 40jähriger Konfrontation, deren Requisiten an der gemeinsamen Grenze nicht einmal weggeräumt wurden, ohne den Segen ihrer Schutzmächte – die USA und die UdSSR – ihrer Annäherung und Freundschaft so hohe Priorität geben können (Honecker

wiederholte noch einmal in Bayern: «Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen») und dabei den amerikanisch-sowjetischen Dauerkonflikt unerwähnt lassen. Auf deutschem Boden stehen sich ja nach wie vor eine Viertelmillion amerikanische und eine halbe Million sowjetische Soldaten gegenüber, und noch nicht einmal ihre aufeinandergerichteten nuklearen Mittel- und Kurzstreckenraketen wurden bisher abgezogen.

Niemand mit nüchternem Menschenverstand kann sich vorstellen, dass Moskau Honecker plötzlich freie Hand lässt, die Deutschlandpolitik auf eigene Faust zu betreiben und dabei die sowjetischen Interessen unberücksichtigt zu lassen. Eine stärkere Liberalisierung des Reiseverkehrs für DDR-Bürger via Westen, wie sie jetzt in Bonn nach dem Honecker-Besuch erwartet wird, könnte das Ost-Berliner Regime leicht destabilisieren, falls qualifizierte Kräfte in grösserer Zahl nicht mehr in die DDR zurückkehren würden. Der Berliner Mauerbau vor 26 Jahren, den damals Honecker als Ulbrichts Sicherheitschef organisierte, war aufgrund des für die DDR unerträglichen Zustands entstanden, dass in der letzten Phase wöchentlich 5000 Menschen aus dem «Arbeiter- und Bauernstaat» in den Westen flüchteten und dadurch in der Wirtschaft und Verwaltung bereits erhebliche Funktionsstörungen auftraten. Die Fluchtrichtung zwischen Ost und West ist unverändert eine Einbahnstrasse geblieben, weil die Unterschiede in der Lebensqualität zwischen den beiden Systemen nicht wesentlich kleiner geworden sind. Das Risiko einer durchlässigen Grenze besteht für die DDR also unverändert.

Sollte Honecker dennoch bereit sein, die Grenzen zu normalisieren, wie er in Wiebelskirchen angedeutet hat, dann geschieht dies nicht Helmut Kohl oder der Bonner Koalition zuliebe, sondern aus handfesten politischen und wirtschaftlichen Interessen, die mit denen der Sowjetunion zumindest parallel verlaufen. Seine

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 4127 75

... Steiger druckt's

bedeutendste Äusserung während des ganzen Besuchs gibt ziemlich deutlich Aufschluss darüber, welchen «Preis» Bonn für eine normale innerdeutsche Grenze zahlen müsste. Honecker erinnerte daran, dass die beiden deutschen Staaten «jeweils in ihren Bündnissen fest verankert sind». Unter diesen Bedingungen sei «allzu verständlich», sagte er, dass die Grenzen nicht so seien, «wie sie sein sollten». Wenn die Bundesrepublik Deutschland und die DDR jedoch dem gemeinsamen Communiqué entsprechend eine «weitere friedliche Zusammenarbeit» erreichten, «dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern Grenzen uns vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen vereint».

Honecker hat hier eindeutig erklärt, dass die innerdeutsche Grenze – so wie sie ist – so lange bleibt, wie die Bundesrepublik Mitglied des westlichen Militärbündnisses, der NATO, ist. Dies bedeutet im Klartext nicht weniger, als dass Westdeutschland zumindest politisch-militärisch neutral sein sollte. So ist nun nicht verwunderlich, dass Bonns Reaktion auf Honeckers Äusserung («Schritt in die richtige Rich-

tung») im westlichen Ausland mit Erstaunen aufgenommen wurde.

Der Taktiker Honecker weiss, dass die Berliner Mauer und der Metallgitterzaun mit den Minenfeldern an der innerdeutschen Grenze noch lange nicht verschwinden wird, selbst wenn er den Schiessbefehl in absehbarer Zeit abschaffen könnte, um damit in Bonn gut Wetter zu machen. Deshalb erklärte er sich auch bereit, Kohls Aufforderung anzunehmen und jetzt «das Machbare in Angriff zu nehmen». Was allerdings für Ost-Berlin «machbar» ist, daran besteht kein Zweifel: Die Bundesrepublik soll der DDR wirtschaftlich und finanziell noch stärker unter die Arme greifen, um damit für die DDR-Bürger die Teilung zu lindern (mehr Ausreisemöglichkeiten) und den technologischen Rückstand Ostdeutschlands zu verkleinern.

Nun, wie man sieht, hat Honecker – wie auch Gorbatschow – ziemlich genaue Vorstellungen von der Deutschlandpolitik. Ob dies die Bundesregierung in Bonn von sich sagen kann, ist zu bezweifeln. Von der Hallstein-Doktrin (Alleinvertretungsanspruch Bonns für Deutschland) bis zu diesem ersten Besuch eines DDR-Staatschefs am Rhein zeigt sich ein bemerkenswerter Wandel der Deutschlandpolitik Bonns. Trotz aller protokollarischer Spitzfindigkeiten (statt 15 nur sieben «weisse Mäuse») erfüllte die ehrenvolle Zeremonie, mit der Honecker in Bonn begrüsst wurde, die Kriterien des Empfangs für ausländische Staatsoberhäupter. Sie nahm sich bereits wie eine stille Anerkennung der DDR als selbständiger Staat aus. Wer noch Ungewissheit hatte, dem gab einen Tag später das gemeinsame Communiqué Kohls und Honeckers Auskunft, in dem es heisst: «Es bestand Übereinstimmung, das Erreichte unter Beachtung des Grundsatzes zu bewahren und auszubauen, dass beide Staaten die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äusseren Angelegenheiten respektieren. Verständigungswille und Realismus sollen Richtschnur für eine konstruktive, auf praktische Ergebnisse gerichtete Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten sein.»

Damit war die Anerkennung der DDR durch Bonn zweifelsfrei gewährleistet, wenn auch über die Staatsbürgerschaftsfrage für DDR-Bürger vielleicht noch lange diskutiert wird. Honecker hat offenbar Geduld. Er hat ja von der Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren viel mehr bekommen, als er sich jemals erhofft hatte. In der Frage der Menschenrechte in der DDR wurde der Gast aus Ost-Berlin auch von den Gastgeberern der einzelnen Bundesländer geschont, obwohl Bonn jedes Jahr etwa 100 Millionen Mark beispielsweise dafür ausgibt, sogenannte politische Häftlinge aus der DDR herauszukaufen. Ein regelrechter Menschenhandel unter der Rubrik «menschliche Erleichterungen».

Die Existenz zweier deutscher Staaten ist eine Realität – das stört am wenigsten die europäischen Verbündeten Bonns. Die Anerken-

nung der Teilung wirkt sogar positiv bei den Partnern, weil dies darauf hindeutet, dass die Bundesrepublik fest im westlichen Bündnis bleiben will. Was die Verbündeten eigentlich irritiert, ist eher die Schnelligkeit, mit der Bonn politische Prinzipien aufgibt, um die Annäherung an Ost-Berlin zu fördern.

★

Kohl und Honecker betonen im Schlusscommuniqué, «dass das Verhältnis der beiden Staaten zueinander ein stabilisierender Faktor für konstruktive Ost-West-Beziehungen bleiben muss. Von ihm sollten positive Impulse für friedliche Zusammenarbeit und Dialoge in Europa und darüber hinaus ausgehen». Dieser Satz mutet nun an, als hätte Bonn als stärkstes NATO-Mitglied in Europa bereits ein «Sonderverhältnis» zur DDR und auch darüber hinaus zu Moskau, läuft ja die Annäherung zwischen Bonn und Ost-Berlin nicht ohne sowjetische Zustimmung.

Das Festhalten der Bundesregierung an der Wiedervereinigung – trotz der faktischen Anerkennung der DDR – sorgt für zusätzliche Verwirrung bei den westlichen Freunden, weil es scheint, als gäbe die Bundesregierung in ihrer Aussenpolitik der Deutschlandfrage absolute Priorität. Der Kanzler sagte wörtlich in seiner Tischrede: «... Wir achten auf die bestehenden Grenzen, doch die Teilung wollen wir überwinden: auf dem Wege friedlicher Verständigung und Freiheit. Die deutsche Frage bleibt offen, doch die Lösung steht zurzeit nicht auf der Tagesordnung der Geschichte, und wir werden dazu immer auch das Einverständnis unserer Nachbarn brauchen.»

Diese Passage erzeugte manche Unklarheiten über die regierungsamtliche Haltung in der Deutschlandpolitik, da der erklärte Wille zur Wiedervereinigung und die Anerkennung der Teilung im Communiqué im Widerspruch zueinander stehen. Mit juristischen Rechtfertigungen, die Bundesregierung habe keine Rechtspositionen aufgegeben, kann man diesen Widerspruch nur schwer auflösen. Es zählt allein, was Bonn künftig tun wird.

Aber aus der Äusserung des Kanzlers geht auch deutlich hervor, dass Bonn bei der Anerkennung der Teilung Nebengedanken hat – so wie auch Honecker mit Nebengedanken die Annäherung (Neutralismus) fördert. Der Kanzler scheint bereit zu sein, einen hohen Preis dafür zu zahlen, dass zwischen den beiden Staaten der Ausbau der menschlichen Kontakte und die Liberalisierung des Reiseverkehrs allmählich einen so hohen Grad erreichen, dass für Ost-Berlin ein Rückzug nur mit dem Risiko innerer Unruhen möglich wäre.

Und wie oft in der Geschichte, sind auch hier die Nebengedanken offenbar wichtiger als die feierlich unterschriebenen Papiere. Der Kampf um diese Nebengedanken wird nun die Deutschlandpolitik zwischen Bonn und Ost-Berlin stärker prägen, als dies bisher der Fall war.

Joseph Pozsgai



Ihr Teppich- und Bodenbelagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern
Thunstrasse 7
am Helvetiaplatz
Tramlinien 3 + 5

Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und
Reinigungen von Orient-,
Handweb- und Berber-
teppichen sind wir Ihr
Vertrauenshaus.